

Albert Krölls

Das Grundgesetz als Verfassung des staatlich organisierten Kapitalismus

Politische Ökonomie des Verfassungsrechts

DUV Deutscher UniversitätsVerlag
GABLER · VIEWEG · WESTDEUTSCHER VERLAG

Inhalt

Vorwort	5
Abkürzungen	15
BINFÜHRUNG: GEGENSTAND UND AUFGABE EINER THEORIE DER WIRTSCHAFTSVERFASSUNG	19
<i>1. Entwicklungsgeschichte und gegenwärtiger Stand der Wirtschaftsverfassungs-Debatte</i>	<i>19</i>
1.1 Die Theorie der wirtschaftsverfassungsrechtlichen Nichtentscheidung	20
1.2 Die Konzeption der freiheitlich-sozialstaatlichen Marktverfassung	21
1.3 Die institutionelle Garantie der sozialen Marktwirtschaft	22
1.4 Die Theorie der grundrechtsfunktional vermittelten Garantie der marktwirtschaftlichen Ordnung	24
1.5 Die Doktrin der wirtschaftspolitischen Offenheit des Grundgesetzes	26
1.6 Sozialistischer Potentialis und Bonner Kompromiß	28
1.7 Das menschenrechtliche Eigentumsideal als Maßstab der wirtschaftspolitischen Gestaltung des Gesetzgebers	34
1.8 Resümee und Untersuchungsperspektiven	36
<i>2. Methodologische Vorbemerkungen</i>	<i>41</i>
Anmerkungen	53
KAPITEL 1: DIE SOZIOÖKONOMISCHE BEDEUTUNG DER FREIHEITSGEWÄHRLEISTUNG, ODER: ZUM VERFASSUNGSRECHTLICHEN ZUSAMMENHANG VON FREIHEIT, GLEICHHEIT, EIGENTUM, KONKURRENZ UND VERTRAG	62
<i>1. Der sozioökonomische Grundgehalt von Freiheit und Gleichheit im Spiegel der unterschiedlichen Meinungsrichtungen</i>	<i>62</i>

1.1	Die negatorische Freiheit als institutionelle Garantie der privatwirtschaftlich verfaßten Ökonomie	62
1.2	Die sozialstaatliche Konzeption realer Freiheit und Gleichheit	67
1.3	Das Freiheitsideal des (mitbestimmten) kooperativen Entfaltungsverbundes	70
2.	<i>Die Freiheit als Muttergrundrecht des Vergesellschaftungsmodus der Konkurrenz</i>	72
2.1	Die abstrakte Freiheit als staatlich konzessioniertes kontradiktorisches Willensverhältnis der Personen	73
2.2	Das Privateigentum als sozialökonomische Grundlage und Determinante der abstrakten Freiheit	78
2.3	Die Sozialstaatlichkeit als Komplement der abstrakten Freiheit oder: Der Staat als politisches Subjekt der Konkurrenzökonomie	85
2.4	Die Gesetze der Freiheit als Schranke des Willens	91
2.5	Die verfassungsrechtliche Gleichheit als Reproduktionsform der abstrakten Freiheit	92
3.	<i>Der Vertrag als Konnexinstitut der Freiheit</i>	96
	Anmerkungen	99
KAPITEL 2: DIE EIGENTUMSGARANTIE DES GRUNDGESETZES		109
1.	<i>Legitimatorische Grundlinien der verfassungsrechtlichen Eigentumsdiskussion</i>	109
2.	Politökonomische Strukturprinzipien der grundgesetzlichen Eigentumsgarantie	116
2.1	Das Produktionsverhältnis der Lohnarbeit als Wesensgehalt der Eigentumsgewährleistung	116
2.2	Instituts- und Rechtsstellungsgewährleistung: Die ökonomischen Subjekte als Funktionsträger des gesellschaftlichen Produktionsverhältnisses	123
2.3	Das Erbrecht als Konnexinstitut des Privateigentums	124
2.4	Die gesetzgeberische Bestimmung von Inhalt und Schranken des Eigentums	125

2.5	Die Sozialpflichtigkeit des Eigentums	129
2.6	Enteignung	130
3.	<i>Produktionsmittel und Wirtschaftsunternehmen als Gegenstand der Eigentumsgewährleistung</i>	131
3.1	Das Recht an eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb	131
3.2	Grundrechtsschutz für Wirtschaftsunternehmen?	135
3.3	Zum Verfassungsschutz des Anteilseigentums	141
3.4	Kartellgesetzgebung und Konzentrationskontrolle	145
3.5	Produktiveigentum und staatliche Investitionsplanung	154
3.6	Unternehmenseigentum und Mitbestimmung	156
3.6.1	Das geltende System der Unternehmensmitbestimmung	156
3.6.2	Das Mitbestimmungsurteil des Bundesverfassungsgerichts	158
3.7	Die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen	163
3.8	Die Teilnahme des Staates am ökonomischen Wettbewerb oder: Die politische Gewalt als ökonomisches Konkurrenzsubjekt	167
4.	<i>Die verfassungsrechtliche Stellung des Grundeigentums</i>	173
4.1	Das Grundeigentum als zentrales eigentumspolitisches Kampffeld	173
4.2	Die verfassungsrechtlich sanktionierte politökonomische Stellung des Grundeigentums im System der Eigentumsmarktgesellschaft	174
4.3	Raumordnung und Bauleitplanung	176
4.4	Bodenwertzuwachssteuer, Planungswertausgleich, Verfügungs- und Nutzungseigentum	178
4.5	Wohnungswirtschaftliche Beschränkungen des Grundeigentums	182
4.6	Umweltpolitische Beschränkungen des Grundeigentums	183
5.	<i>Eigentumsschutz für sozialrechtliche Ansprüche?</i>	184
6.	<i>Eigentum und Steuern</i>	188
6.1	Der staatsinterventionistische Hintergrund der Diskussion	188
6.2	Der Meinungsstand in Rechtsprechung und Lehre	188
6.3	Das Privateigentum als Maßstab der Steuerhoheit	190

7.	<i>Eigentumsgewährleistung, Enteignung und Staatshaftung</i>	194
7.1	Zum Verhältnis von Staatsinterventionismus und Eigentum	194
7.2	Die Zivilgerichtsbarkeit als Hüterin der Eigentümerinteressen	197
7.2.1	Die eigentumsrechtliche Rechtsprechungstradition des Reichsgerichts	197
7.2.2	Die Rechtsprechung des BGH zur Eigentumsgarantie	200
7.2.2.1	Der erweiterte Eigentums- und Enteignungsbegriff	201
7.2.2.2	Die Abgrenzung zwischen Enteignung und Inhaltsbestimmung des Eigentums	202
7.2.2.3	Enteignungsgleicher und enteignender Eingriff	204
7.2.2.4	Die Höhe der Entschädigung	205
7.3	Die Entwicklung der Enteignungsrechtsprechung im Zeichen des Interpretations-Wandels der grundgesetzlichen Eigentumsgarantie	206
7.3.1	Die Neubestimmung des Enteignungsbegriffs	208
7.3.2	Die Wiederherstellung der Geltung der Junktimklausel	209
7.3.3	Abschied vom enteignungsgleichen und enteignenden Eingriff?	209
7.3.4	Entschädigungspflichtige Inhaltsbestimmung des Eigentums und Aufopferungsent eignung	211
	Anmerkungen	213
KAPITEL 3: ZUR VERFASSUNGSRECHTLICHEN BEDEUTUNG DER SOZIALISIERUNGSMÄCHTIGUNG DES ARTIKEL 15 GG		235
1.	<i>Entwicklungslinien der verfassungsrechtlichen Diskussion zu Art. 15 GG</i>	235
1.1	Art. 15 in der Auseinandersetzung um die sozialökonomische Nachkriegsordnung	235
1.2	Der lange "Dornröschenschlaf" des Sozialisierungsartikels	236
1.3	Zur partiellen Renaissance von Art. 15 GG	238
2.	<i>Art. 15 GG als Funktionselement der privatwirtschaftlichen Eigentumsordnung</i>	242
2.1	Die Entschädigungsregelung als Eigentumsgarantie	

2.2	Der gemeinwirtschaftliche Sektor als komplementäre Einrichtung im Dienste der privaten Eigentumsordnung	244
2.3	Die öffentliche Gewalt als institutioneller Träger der Gemeinwirtschaft	249
2.4	Das Verhältnis zwischen Gemeinwirtschaft, Sozialisierung und Gemeineigentum	249
2.5	Zur politischen Bedeutung(slosigkeit) von Art. 15 GG	250
2.6	Der Umfang der staatlichen Sozialisierungsmacht	252
2.7	Die Höhe der Sozialisierungsentschädigung	254
	Anmerkungen	256
KAPITEL 4: DAS GRUNDRECHT DER BERUFSFREIHEIT		264
1.	<i>Die Entwicklungslinien der verfassungsrechtlichen Diskussion von Art. 12 GG</i>	<i>264</i>
2.	<i>Die Berufsfreiheit als staatliche Organisationsform der Eigentumsmarktgesellschaft</i>	<i>270</i>
2.1	Zum Verhältnis von Beruf und Eigentumsordnung	270
2.2	Die Freiheitlichkeit als Konstitutionsprinzip der grundgesetzlichen Berufsverfassung	278
3.	<i>Das berufs- und ausbildungspolitische Ordnungsmandat des Staates</i>	<i>281</i>
3.1	Die staatliche Präformierung der beruflichen Gliederung durch Berufsbilder	282
3.2	Die staatliche Organisation des Ausbildungswesens	285
3.3	Staatliche Berufslenkung	289
3.3.1	Berufslenkung durch Arbeitsförderung	290
3.3.2	Berufslenkung durch Bedürfnisprüfung	294
3.4	Die staatliche Regulierung des Produktionsverhältnisses	296
3.4.1	Arbeitsrecht	296
3.4.2	Arbeitsschutzgesetzgebung	296
3.4.3	Betriebsverfassung und Mitbestimmung	297
	Anmerkungen	298

KAPITEL 5:	DAS GRUNDRECHT DER KOALITIONSFREIHEIT	304
1.	<i>Die Koalitionsfreiheit im Brennpunkt politischer und verfassungsrechtlicher Konflikte</i>	304
2.	<i>Das Meinungsbild: Art. 9 III GG "Funktionselement der Eigentumsgarantie" oder Arbeitnehmergrundrecht im Dienste des Gleichgewichts der sozialen Kräfte?</i>	306
3.	<i>Die Koalitionsfreiheit als staatliche Gewährleistungsform der Koexistenz von Arbeit und Privateigentum</i>	314
3.1	Das System der abhängigen Arbeit als sozioökonomische Grundlage der Koalitionsfreiheit	314
3.2	Die Koalitionsfreiheit als Reproduktionsform des Systems der abhängigen Arbeit	319
3.3	Zur Kritik des gewerkschaftlichen Koalitionsfreiheitsideals	321
4.	<i>Das koalitionsrechtliche Gestaltungsmandat des Staates</i>	325
5.	<i>Die Tarifautonomie: Das Mandat zur kontradiktorischen Eignung im öffentlichen Interesse an der Ordnung des antagonistischen Arbeitslebens</i>	327
5.1	Die gesetzliche Regelung der Tariffähigkeit	330
5.1.1	Koalitionsunabhängigkeit und unternehmerische Mitbestimmung	331
5.1.2	Koalitionsmächtigkeit	332
5.1.3	Ausnahmen von der Tariffähigkeit	333
5.2	Inhalt und Grenzen der tariflichen Vereinbarungsbefugnis	333
5.3	Rechtsnatur und Durchsetzung der Tarifverträge	338
5.4	Imperative Lohnleitlinien und staatliche Zwangsschlichtung	339
6.	<i>Verfassungsrechtliche Determinanten des Arbeitskampfrechtes</i>	341
6.1	Die verfassungsrechtliche Gewährleistung des Arbeitskampfes als Funktionselement des kontradiktorischen Einigungsprozesses	341
6.2	Das staatliche Organisationsmandat zur Gestaltung des Arbeitskampfrechts	344
6.3	Das Streikrecht und seine Grenzen	346

6.4	Verfassungsfragen der Aussperrung	352
6.5	Arbeitskampf und Arbeitslosenversicherung	357
	Anmerkungen	362
KAPITEL 6: HAUSHALTS- UND FINANZVERFASSUNG		369
1.	<i>Die staatliche Finanzhoheit als staatsökonomische Kehrseite des Gewährleistungsinhaltes der Grundrechte</i>	369
2.	<i>Die Steuerstaatlichkeit als Komplement des Privateigentums</i>	370
2.1	Verfassungsrechtliche Maßstäbe der Steuererhebung	370
2.2	Der sozialstaatliche Steuerinterventionismus	373
3.	<i>Die Staatsverschuldung im Dienste des Wachstums der Wirtschaft</i>	376
4.	<i>Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht als Maßstab der Haushaltspolitik</i>	376
	Anmerkungen	382
KAPITEL 7: DAS SOZIALSTAATSPRINZIP		384
1.	<i>Das soziale Gestaltungsmandat des Staates im Widerstreit der Meinungen</i>	384
2.	<i>Der Sozialstaat als politischer Organisator der Eigentumsmarktgesellschaft</i>	388
2.1	Die formelle Sicherung der Konkurrenz	393
2.2	Die Regulierung des inhaltlichen Verlaufes der Konkurrenz	394
2.2.1	Die Gewährleistung der materiellen Voraussetzungen des gesellschaftlichen Produktionszweckes	395
2.2.2	Die staatliche Regulierung der Konkurrenz des Unternehmenseigentums	397
2.2.3	Der Sozialstaat als Garant der Lohnarbeit	398
		13

2.2.4	Die Steuerung des Wirtschaftsprozesses im Dienste des gesellschaftlichen Produktionszweckes	402
2.3	Sozialstaat und Steuerstaat	403
2.4	Sozialstaat und Rechtsstaat	403
2.5	Sozialstaat und repräsentative Demokratie	404
	Anmerkungen	407
Literatur		409